

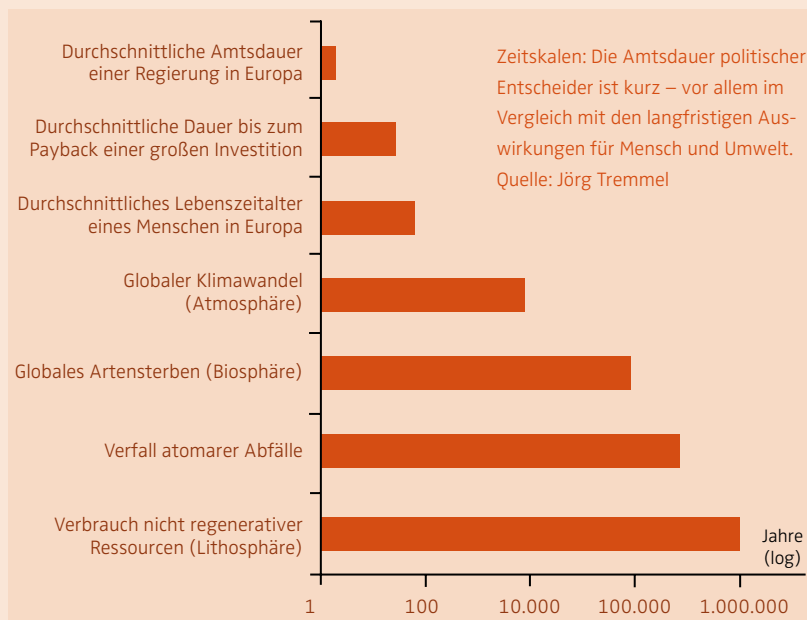
Zukunftskammer bringt mehr Weitblick für die Politik

Tübinger Juniorprofessur untersucht, wie die Demokratie mehr Gerechtigkeit zwischen den Generationen schaffen kann

Angenommen, unsere Nachfahren reisten per Zeitmaschine an, um im Bundestag mitzudiskutieren. Wie würde eine Abstimmung über Staatsschulden ausgehen? Und wie würde über das Thema Energiegewinnung entschieden? Sicherlich anders als heute, ist Juniorprofessor Jörg Tremmel überzeugt. Die heutige Energieerzeugung beispielsweise, mit Schwerpunkt auf fossilen Energieträgern, ermögliche einen hohen Lebensstandard, nehme aber gravierende Nachteile in fünfzig bis hundert Jahren in Kauf. „Könnten künftige Generationen mit abstimmen, würden alle Parteien einen viel schnelleren Rückgang der Kohlendioxidemissionen durchsetzen.“

Doch sind die Interessen künftiger Bürger in der Politik bislang wenig präsent: Demokratie lebt im Jetzt. Politische Entscheidungen müssen vor allem bis zur nächsten Wahlperiode tragen. Langfristige Folgen, ob Staatsverschuldung oder Klimawandel, baden hingegen spätere Generationen aus. „Demokratie, wie sie bisher umgesetzt wird, scheint unvereinbar mit der Maxime der Generationengerechtigkeit“, sagt Tremmel. Wie sich dies ändern ließe, hält er für „eine der spannendsten gesellschaftlichen Zukunftsfragen“.

Das Thema fesselt ihn schon lange: Jörg Tremmel hat BWL und Politologie studiert und sich in zwei Dissertationen – Soziologie und Philosophie – mit Aspekten der „Generationengerechtigkeit“ auseinandergesetzt. 2010 berief ihn die Universität Tübingen auf eine Juniorprofessur für „Generationengerechte Politik“ am Institut für Politikwissenschaft – die erste dieser Art in Deutschland. Hier leistet der Politikwissenschaftler Pionierarbeit. In seiner empirischen Forschung konnte er nachweisen, dass Zukunftsfähigkeit



als Konzept über die letzten Legislaturperioden hinweg alle Partei-Agenden erobert hat. „Die Generationengerechtigkeit unserer Gesellschaft gewinnt an Bedeutung, neben etablierten Themen wie soziale Gerechtigkeit oder Geschlechtergerechtigkeit.“ Für eine wirkliche Verankerung generationengerechten Handelns bräuchte es aber mehr, meint der Juniorprofessor. „Das drei-Gewalten-Modell nach Montesquieu – Legislative, Exekutive und Judikative – müsste um eine vierte erweitert werden, eine Art ‚Zukunftskammer‘, die sich für die Interessen der noch nicht Geborenen einsetzt.“ Manche Länder haben solche Institutionen eingeführt: In Ungarn schaut ein „Ombudsmann für künftige Generationen“ dem Gesetzgeber auf die Finger, Israel hat eine eigene „Kommission für künftige Generationen“ eingerichtet, und in Berlin gibt es erste Ansätze: Seit 2004 begleitet ein „Parlamentarischer Beirat für Nachhaltige Entwicklung“ die Politik. Als nächstes plant der Juniorprofessor eine vergleichende Studie zu diesen Gremien: Welche Einflussmöglichkeiten stehen ihnen zur Verfügung – und wie erfolgreich konnten sie sich durchsetzen?

Tremmels Forschungsinteresse gilt auch konkreten Lösungsansätzen. Für das zu erwartende Milliarden-Loch in der Rentenversicherung schlägt er eine faire Verteilung der Lasten auf Jung und Alt vor. „Zwei Drittel könnte die junge Generation über eine Beitragssteigerung aufbringen, ein Drittel die heutigen Rentner über einen Abschlag auf ihre Rentenanpassung.“ Auch die Verschiebung der Machtverhältnisse im alternden Deutschland beobachtet er genau – sie ist das aktuelle Thema des „Journals für Generationengerechtigkeit“, das der Politikwissenschaftler herausgibt. Nehme in einer „Gerontokratie“ der Anteil Älterer und Kinderloser zu, könnte die Bereitschaft für Rentenreformen zu Gunsten der Jüngeren sinken, sagt er. Eine Nachbesserung wäre hier das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre wie in Österreich, um der jungen Generation mehr Mitsprache zu ermöglichen. „Das Wahlrecht ist ein Grundrecht, es braucht sehr gute Gründe, um Wahlwillige auszuschließen“, so der Politikwissenschaftler. **KA**